



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 315/GP

11.12.2014

Huml setzt auf Vorsorge-Offensive - Bayerns Gesundheitsministerin stellt im Landtag Schwerpunkte für 2015/2016 vor - Eindringlicher Appell zur Sterbehilfe-Diskussion

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml startet im nächsten Jahr eine Vorsorge-Offensive. Huml betonte am Donnerstag anlässlich der Landtagsberatungen über den Doppelhaushalt 2015/2016 in München: "Wir sagen schweren Krankheiten den Kampf an! Es wird eine neue, ganzheitliche Präventionsstrategie in Bayern geben." Die Ministerin fügte hinzu: "Außerdem werden wir verstärkt gegen Personalengpässe in der Altenpflege vorgehen. Der dritte Schwerpunkt ist der Erhalt einer wohnortnahen medizinischen Versorgung auch auf dem Land."

Huml verwies auf das erfolgreiche Förderprogramm des Bayerischen Gesundheitsministeriums für den ländlichen Raum. Es bietet unter anderem eine Anschubfinanzierung von bis zu 60.000 Euro für Hausärzte, die sich in Gemeinden mit nicht mehr als 20.000 Einwohnern niederlassen. Voraussetzung ist, dass es sich um nicht überversorgte Regionen handelt. Die Ministerin bekräftigte: "Dieses Programm soll auf Kinder- und Jugendärzte ausgeweitet werden."

Die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung ist zwar gesetzliche Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. Das Gesundheitsministerium unterstützt sie aber bei dieser wichtigen Aufgabe mit dem eigenen Förderprogramm.

Die Ministerin unterstrich: "Prävention und Gesundheitsförderung gehören zu den Kernelementen der bayerischen Gesundheitspolitik. Ein besonderes Augenmerk werden wir im kommenden Jahr auf das Thema Kindergesundheit richten. Für Präventionsprojekte und Aufklärungskampagnen sind im Haushaltsentwurf rund zwei Millionen Euro vorgesehen."

Huml kündigte an, in diesem Zusammenhang werde sie die Impfoffensive gegen Masern weiter vorantreiben. Sie fügte hinzu: "Einer Studie zufolge werden Kinder unter zwei Jahren in Bayern deutlich zu wenig und zu spät gegen Masern geimpft. Ich möchte die Impfbereitschaft steigern und werde deswegen die Kampagnenarbeit intensivieren. Dafür sind 600.000 Euro im Entwurf des Doppelhaushalts eingestellt."

Die Ministerin betonte ferner: "Mich bewegen auch die drohenden Personalengpässe in der Altenpflege. Hier wird es nach einer aktuellen Bedarfs- und Angebotsprognose



in den kommenden Jahren einen Mangel an Auszubildenden geben. Ich setze deshalb alles daran, den Altenpflegeberuf für junge Menschen attraktiver zu machen. Dazu habe ich bereits im Oktober einen Fünf-Punkte-Plan für eine bessere Ausbildung in der Altenpflege vorgelegt."

Die Ministerin nutzte die Landtagsberatungen zudem für einen eindringlichen Appell mit Blick auf die Sterbehilfe-Diskussion. Sie forderte: "Alten und schwerstkranken Menschen darf nicht das Gefühl vermittelt werden, dass sie der Gesellschaft zur Last fallen. Ihnen soll vielmehr ein Leben in Würde und möglichst ohne Schmerzen bis zuletzt möglich sein. Deshalb setzt Bayern auf einen Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung."

Huml fügte hinzu: "Ich warne dringend davor, Möglichkeiten zur assistierten Selbsttötung zu eröffnen. Auch gemeinnützige Sterbehilfeorganisationen sollten in Deutschland gesetzlich nicht erlaubt werden. Wir müssen das Sterben wieder viel stärker als Teil des Lebens betrachten - als einen Vorgang, der weder verkürzt noch künstlich verlängert werden soll."